



MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

56. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 14. November 2003

Nummer 46

Inhalt

II.

Veröffentlichungen, die **nicht** in die Sammlung des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NRW.) aufgenommen werden.

Datum	Titel	Seite
	Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport	
16. 10. 2003	Bek. – Lagebericht und Jahresabschluss der Wohnungsbauförderungsanstalt Nordrhein-Westfalen – Anstalt der Landesbank Nordrhein-Westfalen – für das Geschäftsjahr 2002	1230

Die neue CD-Rom „SGV. NRW.“, Stand 1. Juli 2003, ist Ende Juli erhältlich.

Bestellformulare finden sich in den Nummern 3 und 4 des GV. NRW. 1999, ebenso im Internet-Angebot.

Hinweis:

Die Gesetz- und Verordnungsblätter, die Ministerialblätter, die Sammlung aller Gesetze und Verordnungen des Landes NRW (SGV. NRW.) sowie die Sammlung der in Teil I des MBl. NRW. veröffentlichten Erlasse stehen **im Intranet des Landes NRW** zur Verfügung.

Dasselbe wird **auch im Internet angeboten**. Die Adresse ist: <http://sgv.im.nrw.de>. Hingewiesen wird auf den kostenlosen Service im Internet unter der genannten Adresse. Dort finden Sie Links zu vielen qualitativ hochwertigen Rechtsangeboten.

II.**Ministerium für Städtebau und Wohnen,
Kultur und Sport****Lagebericht und Jahresabschluss
der Wohnungsbauförderungsanstalt
Nordrhein-Westfalen
– Anstalt der Landesbank
Nordrhein-Westfalen –
für das Geschäftsjahr 2002**

Bek. d Ministeriums
für Städtebau und Wohnen,
Kultur und Sport v. 16. 10. 2003 –
IV B 2 – 4109.32 – 1408/03

Lagebericht**Geschäftsverlauf**

Die Wohnungsbauförderung konnte wie in den vergangenen Jahren einen wesentlichen Beitrag zur Versorgung einkommensschwacher und kinderreicher Haushalte leisten. Trotz eines niedrigeren Programmansatzes wurde das Förderergebnis 2002 im Vergleich zum Vorjahr insgesamt deutlich erhöht. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden 24% mehr Fördermittel abgerufen als im Wohnungsbauprogramm 2002 veranschlagt. Dabei konnte der Programmansatz für Sozialmietwohnungen zu 162% ausgenutzt werden; es wurden 427 Mio. € Fördermittel für 6.464 Wohneinheiten zur Verfügung gestellt. Auch im Bereich des selbstgenutzten Wohneigentums konnte ein gegenüber dem Vorjahr besseres Förderergebnis von 105% des Programmansatzes erzielt werden. Es wurden 553 Mio. € zugesagt, so dass insgesamt 8.976 Wohneinheiten gefördert wurden.

Diese positive Entwicklung steht im Gegensatz zur allgemeinen konjunkturellen Entwicklung in der Wohnungs- und Bauwirtschaft. Wesentliche Ursache hierfür ist die angekündigte Reduzierung der Eigenheimzulage und die eventuelle Modifizierung der Abschreibungsmöglichkeiten im Mietwohnungsbereich sowie die bis Ende 2002 letztmalig anwendbaren Bedingungen der Kostenmiete.

Die Maßnahmen zur Modernisierung im Bestand fanden im abgelaufenen Geschäftsjahr weniger Interesse. Für 1.248 geförderte Wohnungen wurden Fördermittel von knapp der Hälfte des Vorjahresergebnisses bewilligt.

Die Auszahlungen von Förderkrediten haben sich gegenüber dem Vorjahr um 0,1 Mrd. € auf 0,9 Mrd. € und die noch bestehenden Auszahlungsverpflichtungen um 0,4 Mrd. € auf 1,8 Mrd. € leicht verringert.

Der Trend einer steigenden Anzahl der von Sanierungs- und Insolvenzmaßnahmen betroffenen Kreditengagements hat sich auch in 2002 weiter fortgesetzt und eine Erhöhung der Risikovorsorge erforderlich gemacht.

Organisatorisch war das Geschäftsjahr insbesondere geprägt durch die Neustrukturierung der Westdeutschen Landesbank – Girozentrale in eine öffentlich rechtliche Bank, die Landesbank Nordrhein-Westfalen und eine privatrechtliche Geschäftsbank, die WestLB AG. In diesem Zusammenhang wurde die Wohnungsbauförderungsanstalt Nordrhein-Westfalen auf die Landesbank Nordrhein-Westfalen gemäß Artikel 1 § 2 Abs. 1 Satz 1 Gesetz zur Neuordnung der Rechtsverhältnisse der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute in Nordrhein-Westfalen (Neuregelungsgesetz) als Gesamtheit übertragen. Hinsichtlich der abgespaltenen Gegenstände des Aktiv- und Passivvermögens sowie hinsichtlich der übergehenden Arbeitsverhältnisse wurde die Landesbank Nordrhein-Westfalen gemäß Artikel 1 § 2 Abs. 2 Neuregelungsgesetz Gesamtrechtsnachfolgerin der Westdeutschen Landesbank-Girozentrale. Bezüglich der Geschäftsaktivitäten der Wohnungsbauförderungsanstalt ergeben sich keine Auswirkungen aus der Übertragung. Bezüglich der inneren Organisation der Wfa haben sich

im Zusammenhang mit dem Aufbau der Landesbank NRW Änderungen bei Steuerungs- und Dienstebereichen ergeben.

Vermögens- und Finanzlage

Der Rückgang der Bilanzsumme im Jahr 2002 von 22,4 Mrd. € auf 21,9 Mrd. € ergab sich im Wesentlichen durch eine Verminderung der Kundenforderungen um 0,3 Mrd. € auf 20,2 Mrd. €.

Darlehensauszahlungen von 0,9 Mrd. € standen Tilgungen von 1,3 Mrd. € gegenüber. Darin sind mit 0,9 Mrd. € außerplanmäßige Tilgungen sowie Ablösungen und Kapitalnachlässe enthalten. Diese resultieren in erheblichem Umfang aus der bis zum 28. 2. 2002 befristeten Möglichkeit der vorzeitigen Ablösung von Darlehen unter Gewährung eines Kapitalnachlasses. Somit konnten die Neuausleihungen voll aus Tilgungsrückflüssen finanziert werden. Der erzielte Liquiditätsüberschuss sowie die plangemäßen Haushaltsmittelzuweisungen wurden für die Verminderung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden um 0,4 Mrd. € auf 2,9 Mrd. € verwandt, so dass Kreditaufnahmen oder Prolongation nicht erforderlich waren.

Insgesamt waren im Berichtsjahr wieder alle langfristig gebundenen Mittel auch langfristig durch Eigenkapital und verzinsliche langfristige Fremdmittel finanziert. Die Zahlungsbereitschaft war jederzeit gegeben und ist auf Basis der Finanzplanung auch für das Jahr 2003 gesichert.

Ertragslage

Das Zins- und Provisionsergebnis hat sich im Jahr 2002 um 22,5 Mio. € auf 177,6 Mio. € erhöht. Während sich die Zinserträge durch die Tilgung verzinslicher und durch die gleichzeitige Vergabe neuer überwiegend zinsloser Förderkredite rückläufig entwickelten, konnte eine starke Erhöhung der Zinserträge aus Liquiditätsanlagen erzielt werden. Gleichzeitig reduzierten sich die Zinsaufwendungen insbesondere wegen des niedrigeren Refinanzierungsbedarfs. Das Provisionsergebnis liegt auf der Höhe des Vorjahresergebnisses.

Die Erhöhung der allgemeinen Verwaltungsaufwendungen um 14,4 Mio. € auf 76,4 Mio. € ist hauptsächlich durch den Anstieg der Personalaufwendungen bedingt und steht im Zusammenhang mit der Bildung von Rückstellungen für Vorruhestand und Sozialkosten.

Das Risiko- und Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft verschlechterte sich um 28,0 Mio. € auf 39,9 Mio. € durch eine gestiegene Anzahl zu berücksichtigender Insolvenzenengagements. Den akuten Risiken der Wohnungsbauförderungsanstalt wurde durch Einzelwertberichtigungen ausreichend Rechnung getragen.

Zur Abdeckung latenter Risiken bestehen Pauschalwertberichtigungen und Vorsorgereserven.

Insgesamt wurde im Berichtsjahr ein um 20,2 Mio. € reduzierter Jahresüberschuss von 63,1 Mio. € erwirtschaftet und in voller Höhe dem Landeswohnungsbauvermögen zugeführt.

Vorgänge von besonderer Bedeutung

Nach Schluss des Geschäftsjahres 2002 sind Vorgänge von besonderer Bedeutung nicht eingetreten.

Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die Wohnungsbauförderungsanstalt vergibt und verwaltet aufgrund ihres gesetzlichen Auftrages Wohnungsbaukredite mit grundpfandrechtlicher Besicherung. Sie unterstützt das Land Nordrhein-Westfalen bei der Umsetzung der Wohnungsbauprogramme. Diese Tatsache und die soliden wirtschaftlichen Verhältnisse der Wohnungsbauförderungsanstalt sichern ihren Fortbestand.

Da die Wohnungsbauförderungsanstalt die Umsetzung der Bestimmungen des seit dem 1. 1. 2002 geltenden Wohnraumförderungsgesetzes intensiv begleitet hat, sind

die daraus ableitbaren Auswirkungen bekannt; danach ergeben sich keine besonderen Risiken.

Risiken, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Wfa haben können, sind aus derzeitiger Sicht nicht feststellbar. Bereits erkennbaren Risiken wurde in ausreichendem Umfang Rechnung getragen. Für latente Risiken bestehen Pauschalwertberichtigungen und Vorsorgereserven.

Infolge kongruenter Finanzierung und einer niedrigen Fremdfinanzierungsrate bestehen auch keine nennenswerten Zinsänderungsrisiken. Zudem muss ein negativer Zinssaldo aufgrund der vom Land Nordrhein-Westfalen zugesagten Zinserstattung gemäß § 21 Abs. 4 Wohnungsbauförderungsgesetz erstattet werden.

Die entspannte Wohnungsmarktlage der letzten Jahre in Nordrhein-Westfalen ist das Ergebnis der moderaten Haushaltsentwicklung und einer konstanten Bautätigkeit. Alle demographischen Prognosen erwarten für die nahe Zukunft ein Schrumpfen der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen mit unterschiedlichen regionalen Folgen. Im Zuge dieser Entwicklung hat sich auch die Leerstandsquote in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht. Allerdings sind diese insgesamt noch so niedrig, dass sie nur in regionalen Einzelfällen eine problematische Größenordnung annehmen.

Zunehmende Leerstandszahlen müssen aber nicht das Ende des Neubaus bedeuten: Wohnungsneubau ist an bestimmten Standorten und bei vorhandener spezieller Nachfrage weiterhin geboten. Allerdings können Zunahme und Konzentration von Leerstand ein zusätzliches Risiko für die Wohnungsbauförderungsanstalt bedeuten, da sie an der Finanzierung wesentlicher Bestände beteiligt ist. Auf mittlere Sicht können bei einigen Investoren und Wohnungsunternehmen wirtschaftliche Schwierigkeiten auftreten. Politik, Land, Kommunen und Investoren sind gefordert, durch notwendige qualitative Maßnahmen die betroffenen Wohnungsbestände am Markt zu halten und

gleichzeitig ein massives Überangebot an einigen Standorten zu verhindern.

Den steigenden Anforderungen an die Überwachung von Risiken begegnet die Wfa durch den Einsatz eines Risikomanagementsystems. Im Rahmen einer regelmäßigen Berichterstattung werden die Verantwortlichen über die Bewertung möglicher Risiken und die aktuelle Situation der Geschäftsentwicklung informiert. Vor dem Hintergrund der neuen Eigenkapitalrichtlinien (Basel II) und den Mindestanforderungen an Kreditgeschäfte (MaK) wurde mit der Planung und Konzeption einer umfassenden Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems innerhalb der Landesbank Nordrhein-Westfalen begonnen.

Voraussichtliche Entwicklung

Die Änderungen des 2002 eingeführten Wohnraumförderungsgesetzes werden die Fördermodalitäten von Mietwohnungen in Nordrhein-Westfalen nachhaltig beeinflussen. Die Wohnungsbauförderungsanstalt erwartet dadurch eine positive strukturelle Veränderung ihres Förderdarlehensgeschäftes. Das Wohnungsbauprogramm 2003 sieht die Förderung von 13.500 Wohnungen mit einem Bewilligungsvolumen von 800 Mio. € vor. Damit sollen unter anderem 8.300 Wohneinheiten im selbstgenutzten Wohneigentum und 4.300 Mietwohnungen gefördert werden. Daneben wird ein Modernisierungsprogramm von 175 Mio. € bereitgestellt. Der Gesamtprogrammansatz des letzten Jahres wird somit auch in 2003 fortgeführt. Der Schwerpunkt liegt entsprechend der aktuellen Nachfragestruktur auf der Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums.

Nach dem derzeitigen Stand der Planungen geht die Wohnungsbauförderungsanstalt für das Jahr 2003 von einem gleichbleibenden Förderdarlehensbestand aus. Gegenüber dem Vorjahr wird ein leichter Anstieg des Landeswohnungsbauvermögens prognostiziert. Da Sondereinflüsse im Personalkostenbereich entfallen werden, wird ein steigendes Jahresergebnis erwartet.

Wfa Jahresbilanz zum 31.12.2002

Aktivseite				31.12.2001	
	€	€	€	€	T €
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			8,69		0
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			0,00		0
darunter:					
bei der Deutschen Bundesbank	0,00				(0)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			0,00		0
				8,69	0
2. Forderungen an Kreditinstitute					
a) Hypothekendarlehen			1.693.057,79		1.718
b) Kommunalkredite			2.264.485,33		3.382
c) andere Forderungen			583.260.261,61		624.072
darunter:					
täglich fällig	431.131.067,16				(478.918)
gegen Beleihung von Wertpapieren	0,00				(0)
				587.217.804,73	629.172
3. Forderungen an Kunden					
a) Hypothekendarlehen			19.024.273.304,16		19.220.237
b) Kommunalkredite			1.147.448.246,33		1.284.923
c) andere Forderungen			61.205.193,53		29.843
darunter:					
gegen Beleihung von Wertpapieren	0,00				0
				20.232.926.744,02	20.535.003
			Übertrag	20.820.144.557,44	21.164.175

Aktivseite			31. 12. 2001
	€	€	T €
		Übertrag	20.820.144.557,44
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			21.164.175
a) Geldmarktpapiere			
aa) von öffentlichen Emittenten	0,00		0
darunter:			
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00		(0)
ab) von anderen Emittenten		0,00	0
darunter:			
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00		(0)
b) Anleihen von Schuldverschreibungen			
ba) von öffentlichen Emittenten		0,00	0
darunter:			
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00		(0)
bb) von anderen Emittenten		1.080.902,98	1.081
darunter:			1.081
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	849.281,38		(849)
c) eigene Schuldverschreibungen			0
Nennbetrag:	0,00		(0)
5. Treuhandvermögen			1.080.902,98
darunter:			1.073.052.141,19
Treuhandkredite	1.073.052.141,19		1.186.457
			(1.186.457)
6. Sachanlagen			312.325,84
			497
7. Sonstige Vermögensgegenstände			4.898.441,62
			4.109
8. Rechnungsabgrenzungsposten			
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		5.399,52	16
b) andere		2.362.145,98	3.937
			2.367.545,50
			3.953
Summe der Aktiva			21.901.855.914,57
			22.360.272

Passivseite			€	€	€	€	31. 12. 2001 T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten							
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe					0,00		0
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe					0,00		0
c) andere Verbindlichkeiten					2.783.700.678,46		3.070.360
darunter:							
täglich fällig		15.785,37					(13)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber							
ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe			0,00				(0)
und öffentliche Namenspfandbriefe			0,00				(0)
						2.783.700.678,46	3.070.360
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden							
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe					0,00		0
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe					0,00		0
c) Spareinlagen							
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten				0,00			0
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten				0,00	0,00		0
d) andere Verbindlichkeiten					116.222.693,58		235.141
darunter:							
täglich fällig		38.280.030,69					(152.733)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber							
ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe			0,00				(0)
und öffentliche Namenspfandbriefe			0,00				(0)
						116.222.693,58	235.141
3. Treuhandverbindlichkeiten							
darunter:							
Treuhandkredite		1.073.052.141,19					(1.186.457)
						4.161.195,88	3.746
4. Sonstige Verbindlichkeiten							
5. Rechnungsabgrenzungsposten							
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft					88.381.671,66		116.395
b) andere					0,00		0
						88.381.671,66	116.395
					Übertrag	4.065.518.380,77	4.612.099

[illegible]

Gewinn- und Verlustrechnung

der Wohnungsförderungsanstalt NRW Anstalt der
Landesbank NRW für die Zeit vom 1. 1. 2002 bis 31. 12. 2002

Aufwendung	€	€	2001 T €
1. Zinsaufwendungen			136.786.232,81
2. Provisionsaufwendungen			1.974.130,63
3. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			
a) Personalaufwand			
aa) Löhne und Gehälter	29.952.162,87		24.318
ab) Soziale Abgaben und Aufwendung für Altersversorgung und Unterstützung	21.989.534,52		14.113
darunter: für Altersversorgung € 12.019.931,29		51.941.697,39	38.431
b) andere Verwaltungsaufwendungen		24.422.728,82	(11.201) 23.545
			76.364.426,21
4. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			185.025,50
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen			769.945,36
6. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			39.934.909,45
7. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 5 ausgewiesen			3.893,52
8. Jahresüberschuss			63.054.305,57
		Summe der Aufwendungen	319.072.869,05
1. Jahresüberschuss			63.054.305,57
2. Zuführung an das Landeswohnungsbauvermögen			- 63.054.305,57
3. Bilanzgewinn			0,00

[illegible]

Anhang zum 31. 12. 2002

Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss und zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

Aufstellung des Jahresabschlusses	Die Aufstellung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2002 erfolgte nach den Vorschriften des HGB sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute vom 11. 12. 1998.
Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung	Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung entspricht dem für Realkreditinstitute vorgeschriebenen Formblatt mit bestimmten, durch landesrechtliche Vorschriften bedingten Erweiterungen.
Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	Forderungen sind grundsätzlich mit ihrem Restkapital ausgewiesen. Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag passiviert; zugehörige Disagien sind als Rechnungsabgrenzungsposten erfasst. Im Hinblick auf die im Wesentlichen kongruente Finanzierung durch das Sonderkapital Landeswohnungsbauvermögen sind die überwiegend un- und unterverzinslichen Förderkredite gegenüber Kunden und Kreditinstituten wie in den Vorjahren zu Nominalwerten bewertet. Die in 1998 vom Land erworbenen Forderungen wurden zu Barwerten in Ansatz gebracht. Akuten Ausfallrisiken im Kreditgeschäft und bei Sonstigen Vermögensgegenständen wurde durch ausreichend bemessene Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Zur Abdeckung latenter Risiken, insbesondere wegen der Nachrangigkeit der Förderdarlehen, wurde ausreichend Risikovorsorge getroffen. Wertberichtigungen wurden aktivisch abgesetzt. Uneinbringliche Forderungen wurden abgeschrieben. Die Bewertung des Wertpapierbestandes erfolgte nach dem strengen Niederstwertprinzip unter Beibehaltung der niedrigeren Vorjahreswerte. Sachanlagen wurden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet. Die Wahl der Abschreibungssätze erfolgte in Anlehnung an die jeweils steuerrechtlich anerkannte Nutzungsdauer des Gegenstandes. Geringwertige Anlagegegenstände wurden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben. Die Bewertung der im Hypothekengeschäft übernommenen Grundstücke und Gebäude erfolgte nach den für Umlaufvermögen geltenden Vorschriften. Ein Objekt wird, da es länger als 5 Jahre im Bestand ist, in den Sachanlagen ausgewiesen und analog bewertet. Der aus der Umschuldung eines zinslosen Darlehens resultierende Kapitalnachlass wird unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und entsprechend des Ablaufs des neuen Darlehens aufwandsmindernd aufgelöst. Das neue Darlehen selbst ist in 8 Tranchen zur Tilgung und Zinszahlung fällig; die bis zum Stichtag aufgelaufenen Zinsen werden der Verbindlichkeit aufwandswirksam zugeschrieben. Die Bemessung der Pensionsrückstellungen und der Rückstellungen für Vorruhestandszahlungen basieren auf versicherungsmathematischen Gutachten, die unter Anwendung des Teilwertverfahrens und eines Rechnungszinsfußes von 6% erstellt wurden. Aufgrund einer Änderung der Rechtsprechung ist die Wfa verpflichtet, eine Rückstellung für Beihilfeleistungen, die Pensionären und aktiven Mitarbeitern während der Zeit ihres Ruhestandes gewährt werden, zu bilden. Diese Rückstellung basiert auf einem versicherungsmathematischen Gutachten, welches unter Anwendung des Teilwertverfahrens und eines Rechnungszinsfußes von 5,5% erstellt wurde. Die jeweilige Anwendung der Rechnungszinsfußes erfolgte nach steuerrechtlichen Vorschriften. Die übrigen unter anderen Rückstellungen ausgewiesenen Posten berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und sind ausreichend bemessen. Dem Ausweis der Bürgschaftsverpflichtungen liegen in 2002 zugegangene Obligomeldungen der Gläubiger verbürgter Darlehen zugrunde. Tilgungen bis zum Bilanzstichtag wurden rechnerisch ermittelt und vom Ausweis abgesetzt.

Gliederung bestimmter Forderungen und Verbindlichkeiten nach ihrer Restlaufzeit:

Bilanzposten	Restlaufzeiten von bis drei Monaten	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	T €	T €	T €	T €
Forderungen an Kreditinstitute				
a) Hypothekendarlehen	0	25	114	1.554
b) Kommunalkredite	39	54	230	1.942
c) andere Forderungen	433.260	150.000	0	0
	433.299	150.079	344	3.496
Forderungen an Kunden				
a) Hypothekendarlehen	91.711	320.899	1.381.497	17.230.167
b) Kommunalkredite	18.322	19.750	83.865	1.025.512
c) andere Forderungen	319	1.502	6.507	52.876
	110.352	342.151	1.471.869	18.308.555
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
bb) von anderen Emittenten	114	89	47	831
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
c) andere Verbindlichkeiten	307.094	204.517	1.708.901	563.189
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
d) andere Verbindlichkeiten	78.933	117	31.034	6.139

In den Forderungen an Kunden sind keine Kredite mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Erläuterungen zur Bilanz

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden Der unter den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden ausgewiesene Bestand an Förderdarlehen vor Berücksichtigung von Wertberichtigungen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 279,9 Mio. € verringert. Den Zugängen in Höhe von insgesamt 949,0 Mio. € stehen Abgänge in Höhe von 1.228,9 Mio. € gegenüber. Diese resultieren in erheblichem Umfang aus außerplanmäßigen Tilgungen von Darlehen, da die Möglichkeit der Ablösung unter Gewährung eines Kapitalnachlasses zum 28. 2. 2002 endgültig auslief.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere Im Bestand an festverzinslichen Wertpapieren der Wfa befinden sich ausschließlich börsennotierte Wertpapiere der Liquiditätsreserve.

Treuhandvermögen Die unter Treuhandvermögen aktivierten Vermögensgegenstände stellen sich in der Aufgliederung nach Bilanzposten wie folgt dar:

Forderungen an Kreditinstitute	T €	T €
a) Hypothekendarlehen	128	
b) Kommunalkredite	0	
c) andere Forderungen	28.961	29.089
Forderungen an Kunden		
a) Hypothekendarlehen	1.031.965	
b) Kommunalkredite	4.299	
c) andere Forderungen	7.622	1.043.886
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
b) Anleihen und Schuldverschreibungen		
bb) von anderen Emittenten	77	77
Treuhandvermögen gesamt		1.073.052

Sachanlagen

Das Sachanlagevermögen entwickelte sich wie folgt:

	Anschaffungs-/ Herstellun- gskosten T €	Zugang T €	Abgang T €	Brutto- werte 31.12.2002 T €	kumulierte Abschrei- bung T €	Abschrei- bung lfd. Jahr T €	Buch- wert 31.12.2002 T €
Grundstücke und Gebäude	34	0	0	34	- 5	- 1	29
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.938	177	- 585	2.530	- 2.247	- 184	283
	2.972	177	- 585	2.564	- 2.252	- 185	312

Sonstige Vermögensgegenstände Unter Sonstigen Vermögensgegenständen werden mit 2,4 Mio. € im Hypothekengeschäft zur Vermeidung von Kreditverlusten übernommene Grundstücke und Gebäude ausgewiesen. Der Bestand von 19 Objekten veränderte sich im Berichtsjahr nicht, da 19 Zugängen auch 19 Abgänge gegenüberstanden. Zudem enthält der Ausweis 1,2 Mio. € Forderungen gegenüber Bewilligungsbehörden.

Rechnungsabgrenzungsposten Bei den hier ausgewiesenen Beträgen handelt es sich um Disagien aus aufgenommenen Schuldscheindarlehen sowie im Voraus gezahlte Entgelte für Softwarenutzung.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden Die gegenüber Kreditinstituten und Kunden bestehenden Verbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen Schuldscheindarlehen und schuldscheinlose Darlehen nebst anteiliger Zinsen zur Finanzierung von Auszahlungen der Förderkredite.

Treuhandverbindlichkeiten Die unter Treuhandverbindlichkeiten passivierten Verpflichtungen stellen sich in der Aufgliederung nach Bilanzposten wie folgt dar:

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	T €
c) andere Verbindlichkeiten	157.971
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	
d) andere Verbindlichkeiten	29.122
Rückstellungen	
c) andere Rückstellungen	0
Bundestreuhandvermögen	885.959
Treuhandverbindlichkeiten insgesamt	1.073.052

Sonstige Verbindlichkeiten Im Wesentlichen werden mit 2,2 Mio. € Verbindlichkeiten gegenüber Bewilligungsbehörden ausgewiesen.

Rechnungsabgrenzungsposten Der Ausweis enthält den Rechnungsabgrenzungsposten aus der erfolgsneutralen Umfinanzierung eines Darlehens. Die auf das Berichtsjahr entfallende Auflösung von 28,0 Mio. € wurde mit dem gleichhohen Zinsaufwand verrechnet.

Rückstellungen In den anderen Rückstellungen bestehen für noch nicht in Rechnung gestellte Leistungen Rückstellungen von 7,7 Mio. €. Außerdem enthält der Ausweis Rückstellungen für Beihilfeleistungen von 7,1 Mio. € und für Vorruhestandsregelungen von 6,3 Mio. €. Zudem ist in diesem Ausweis eine nach § 20 Wohnungsbauförderungsgesetz zu bildende Bürgschaftssicherungsrückstellung von 3,3 Mio. € enthalten. Sie ist in Höhe von 5% auf den um Bürgschaften, für die wegen zu erwartender Bürgschaftsinanspruchnahme Einzelrückstellungen gebildet wurden, geminderten Bürgschaftsbestand gebildet.

Gezeichnetes Kapital und Landeswohnungsbauvermögen Im Ausweis ist unverändert gegenüber dem Vorjahr ein Grundkapital von 51.129.188,12 € enthalten.

Das mit 17.588.954.048,20 € ausgewiesene Landeswohnungsbauvermögen gehört gemäß § 16 Wohnungsbauförderungsgesetz neben dem Grundkapital und den Rücklagen zum Vermögen der Wohnungsbauförderungsanstalt.

Nach § 21 Abs. 4 Wohnungsbauförderungsgesetz ist die Aufnahme von Darlehen nur zulässig, soweit die hierfür zu entrichtenden Zinsen die Zinseinnahmen der Wohnungsbauförderungsanstalt nicht übersteigen, es sei denn, dass sie für den übersteigenden Betrag Haushaltsmittel vom Land erhält. Zuschüsse dürfen nur gewährt werden, soweit die Wohnungsbauförderungsanstalt Haushaltsmittel vom Land erhält. Mit dieser Regelung wird gewährleistet, dass das Landeswohnungsbauvermögen für die Förderung des Wohnungswesens uneingeschränkt erhalten bleibt.

Landeswohnungsbauvermögen

Das Landeswohnungsbauvermögen nahm im Berichtsjahr folgende Entwicklung:

	T €	T €
Bestand am 1. 1. 2002		17.522.671
– Haushaltsmittelzuweisungen	291.022	
– Zuführung des Überschusses der Erträge über die Aufwendungen	63.054	
– sonstige Zugänge	600	
Gesamtzugänge		354.676
– Zuschussgewährung an Dritte	196	
– Kapitalnachlässe	288.197	
Gesamtabgänge		288.393
Bestand am 31. 12. 2002		17.588.954

Als unwiderrufliche Kreditzusagen werden die gesamten Auszahlungsverpflichtungen der Wfa ausgewiesen.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zinsaufwendungen	Unter Zinsaufwendungen werden mit 137 Mio. € hauptsächlich Zinsen für aufgenommene Schuldscheindarlehen sowie schuldscheinlose Darlehen ausgewiesen.
Provisionsaufwendungen	Diese Position beinhaltet zu leistende Verwaltungskostenbeiträge an die örtlichen Bewilligungsbehörden für die Durchführung der Bestands- und Besetzungskontrolle der öffentlich geförderten Wohnungen.
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	Die Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften enthalten mit 175 Mio. € Zinserträge und mit 113 Mio. € laufende Verwaltungskostenbeiträge aus dem langfristigen Förmgeschäft.
Provisionserträge	Unter den Provisionserträgen werden mit 4 Mio. € einmalige Verwaltungskostenbeiträge aus dem Darlehensgeschäft sowie sonstige Darlehens- und Bürgschaftsgebühren ausgewiesen. Darüber hinaus sind im Ausweis Erträge von 3 Mio. € aus der treuhänderischen Verwaltung von Darlehen und Zuschüssen enthalten.
Sonstige betriebliche Erträge	Die sonstigen betrieblichen Erträge betreffen im Wesentlichen mit 2 Mio. € Ausgleichszahlungen und Geldleistungen aufgrund nicht zweckgerechter Nutzung geförderter Wohnungen.

Ergebnisverwendung

Zuführung an das Landeswohnungsbauvermögen	Aufgrund gesetzlicher und satzungsgemäßer Bestimmungen wurde der Jahresüberschuss dem Landeswohnungsbauvermögen der Wohnungsbauförderungsanstalt zugeführt, so dass sich ein Bilanzgewinn nicht ergibt.
--	---

Sonstige Angaben

Kreditgewährungen an Mitglieder des Verwaltungsrates	Die an Mitglieder des Verwaltungsrates insgesamt gewährten Kredite betrugen zum Bilanzstichtag 4,4 Mio. €.
Personalbestand	Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden im Jahresdurchschnitt 415 Mitarbeiter/innen – ohne Aushilfen – beschäftigt; davon 191 weibliche und 224 männliche Mitarbeiter.

Organe der Westdeutschen Landesbank Girozentrale
(bis 31. 7. 2002)

Gewährträgersversammlung	Georg Wilhelm Adamowitsch Staatssekretär Chef der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen Düsseldorf
	Dr. Günter Berg Ministerialdirigent Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen Düsseldorf

Dr. Thomas Griesse
Staatssekretär
Ministerium für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Jörg Hennerkes
Staatssekretär
Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand,
Energie und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Bernd Kiesow
Leitender Ministerialrat
Finanzministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Manfred Morgenstern
Staatssekretär
Ministerium für
Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Cornelia Prüfer-Storcks
Staatssekretärin
Ministerium für Frauen, Jugend,
Familie und Gesundheit
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Johannes Winkel
Ministerialdirigent
Innenministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Winfried Schittges, MdL
Vorsitzender
Landschaftsversammlung Rheinland
Köln

Harry Voigtsberger
Vorsitzender der SPD-Fraktion
Landschaftsversammlung Rheinland
Aachen

Dieter Gebhard
Vorsitzender der SPD-Fraktion
Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe
Gelsenkirchen

Dr. Wolfgang Kirsch
Landrat
Vorsitzender der CDU-Fraktion
Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe
Warendorf

Michael Kranz
Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Bonn
Bonn

Paul-Gerhard Schmitz
Bürgermeister
Stadt Gummersbach
Gummersbach

Dr. Hans-Christian Vollert
Landrat
Kreis Viersen
Viersen

Dr. Norbert Emmerich
Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Münsterland Ost
Münster
– bis 30. 6. 2002

Franz-Josef Leikop
Landrat
Hochsauerlandkreis
Meschede

Eckhard Schwerhoff
Bürgermeister
Stadt Gladbeck
Gladbeck

Josef Strauß
Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Wittgenstein
Bad Berleburg
– ab 1. 7. 2002
– bis 31. 7. 2002

Verwaltungsrat

Vorsitzender und
stellvertretende Vorsitzende

Ernst Schwanhold
Minister für Wirtschaft
und Mittelstand, Energie und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf
Vorsitzender

Peer Steinbrück, MdL
Finanzminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf
Stellvertretender Vorsitzender

Udo Molsberger
Landesdirektor
Landschaftsverband Rheinland
Köln
Stellvertretender Vorsitzender

Wolfgang Schäfer
Landesdirektor
Landschaftsverband Westfalen-Lippe
Münster
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Karlheinz Bentele
Präsident
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband
Düsseldorf
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Rolf Gerlach
Präsident
Westfälisch-Lippischer Sparkassen-
und Giroverband
Münster
Stellvertretender Vorsitzender

Von Gewährträgern
entsandte Mitglieder

Walter Haas
Vorsitzender
DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Heinz Kettler
HEINZ KETTLER
Metallwarenfabrik GmbH & Co.
Ense-Parsit

Dr. Hermann Krämer
Seevetal

Dr. Helmut Linssen, MdL
Erster Vizepräsident
des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Edgar Moron, MdL
Vorsitzender der
SPD-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Friedrich Späth
Essen

Paul Heidrich
Vorsitzender der CDU-Fraktion
Landschaftsversammlung
Rheinland
Mülheim an der Ruhr

Dr. Berthold Tillmann
Oberbürgermeister
Stadt Münster
Münster

Hans-Peter Krämer
Vorsitzender des Vorstandes
Kreissparkasse Köln
Köln

Dieter Pützhofen
Oberbürgermeister
Stadt Krefeld
Krefeld

Rolf Brunswig
Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Siegen
Siegen
– bis 30. 6. 2002

Dr. Norbert Emmerich
Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Münsterland Ost
Münster
– ab 1. 7. 2002

Hans Pixa
Landrat
Kreis Coesfeld
Coesfeld

Vertreterinnen und Vertreter
der Belegschaft der Bank

Fred Eicke
Direktor
Düsseldorf

Hannelore Heger-Golletz
Bankangestellte
Münster

Gerd-Uwe Löschmann
Prokurist
Düsseldorf

Manfred Matthewes
Bankkaufmann
Düsseldorf

Manfred Schimpf
Bankkaufmann
Münster

Hubertus Schreiber
Bankkaufmann
Münster

Franz-Georg Schröermeyer
Gewerkschaftssekretär
im Fachbereich Finanzdienstleistungen
ver.di Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Bezirk Münster
Münster

Christiane Stascheit
Stellvertretende Geschäftsführerin für den
Bezirk Düsseldorf
ver.di Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Bezirk Düsseldorf
Düsseldorf

Elisabeth Weber
Bankkauffrau
Düsseldorf

Ständige Vertreter
des Vorsitzenden und der
stellvertretenden Vorsitzenden
des Verwaltungsrates

Dr. Harald Noack
Staatssekretär
Finanzministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Dieter Krell
Ministerialdirigent
Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand,
Energie und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Karl Bechtel
Erster Landesrat
Landschaftsverband Rheinland
Köln

Dr. Hans-Ulrich Predeick
Erster Landesrat
Landschaftsverband Westfalen-Lippe
Münster

Heinz Biesenbach
Verbandsgeschäftsführer
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband
Düsseldorf

Dr. Klaus Wienberg
Verbandsgeschäftsführer
Westfälisch-Lippischer Sparkassen-
und Giroverband
Münster

Vorstand

Jürgen Sengera
Vorsitzender

Hans Henning Offen
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Wolf-Albrecht Prautzsch
Stellvertretender Vorsitzender
– bis 31. 7. 2002

Dr. Adolf Franke

Ernst Gerlach
– ab 27. 4. 2002
– bis 31. 7. 2002

Dr. Bernd Lühje
– ab 27. 4. 2002
– bis 31. 7. 2002

Dr. Manfred Puffer

Dr. Johannes Ringel

Gerhard Roggemann

Dr. Ulrich Schröder
– ab 27. 4. 2002
– bis 31. 7. 2002

Andreas Seibert

Organe der Landesbank Nordrhein-Westfalen (ab 1. 8. 2002)

Gewährträgerversammlung

Vorsitzender und
stellvertretende Vorsitzende

Ernst Schwanhold
Minister für Wirtschaft und Mittelstand,
Energie und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf
Vorsitzender
– bis 11. 11. 2002

Harald Schartau
Minister für Wirtschaft und Arbeit
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf
Vorsitzender
– ab 12. 11. 2002

Peer Steinbrück, MdL
Finanzminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf
Stellvertretender Vorsitzender
– bis 11. 11. 2002

Jochen Dieckmann, MdL
Finanzminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf
Stellvertretender Vorsitzender
– ab 12. 11. 2002

Udo Molsberger
Landesdirektor
Landschaftsverband Rheinland
Köln
Stellvertretender Vorsitzender

Wolfgang Schäfer
Landesdirektor
Landschaftsverband Westfalen-Lippe
Münster
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Karlheinz Bentele
Präsident
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband
Düsseldorf
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Rolf Gerlach
Präsident
Westfälisch-Lippischer
Sparkassen- und Giroverband
Münster
Stellvertretender Vorsitzender

Von den Gewährträgern
entsandte Mitglieder

Georg Wilhelm Adamowitsch
Staatssekretär
Chef der Staatskanzlei
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf
– bis 26. 11. 2002

Dr. Josef Fischer
Staatssekretär
Ministerium für Wirtschaft und Arbeit
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf
– ab 1. 1. 2003

Dr. Thomas Griesse
Staatssekretär
Ministerium für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Jörg Hennerkes
Staatssekretär
Ministerium für Verkehr, Energie
und Landesplanung
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Maria Huesmann-Kaiser
Abteilungsleiterin
Ministerium für Wirtschaft und Arbeit
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf
– bis 31. 12. 2002

Bernd Kiesow
Leitender Ministerialrat
Finanzministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Wolfram Kuschke
Minister
Chef der Staatskanzlei
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf
– ab 27. 11. 2002

Manfred Morgenstern
Staatssekretär
Ministerium für Städtebau und Wohnen,
Kultur und Sport
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Winfried Schittges, MdL
Vorsitzender
Landschaftsversammlung Rheinland
Köln

Dr. Wolfgang Kirsch
Landrat
Vorsitzender der CDU-Fraktion
Landschaftsversammlung
Westfalen-Lippe
Warendorf

Michael Kranz
Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Bonn
Bonn

Dr. Hans-Christian Vollert
Landrat
Kreis Viersen
Viersen

Dr. Norbert Emmerich
Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Münsterland Ost
Münster

Hans Pixa
Landrat
Kreis Coesfeld
Coesfeld

Ständige Vertreterinnen
und Vertreter des Vorsitzenden
und der stellvertretenden
Vorsitzenden der
Gewährträgerversammlung

Angelika Marienfeld
Ministerialdirigentin
Finanzministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Dieter Krell
Ministerialdirigent
Ministerium für Wirtschaft und Arbeit
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf
– bis 31. 12. 2002

Maria Huesmann-Kaiser
Abteilungsleiterin
Ministerium für Wirtschaft und Arbeit
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf
– ab 1. 1. 2003

Karl Bechtel
Erster Landesrat
Landschaftsverband Rheinland
Köln

Dr. Hans-Ulrich Predeick
Erster Landesrat
Landschaftsverband Westfalen-Lippe
Münster

Heinz Biesenbach
Verbandsgeschäftsführer
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband
Düsseldorf

Dr. Klaus Wienberg
Verbandsgeschäftsführer
Westfälisch-Lippischer Sparkassen-
und Giroverband
Münster

Verwaltungsrat

Vorsitzender und
stellvertretende Vorsitzende

Ernst Schwanhold
Minister für Wirtschaft und Mittelstand,
Energie und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf
Vorsitzender
– bis 11. 11. 2002

Harald Schartau
Minister für Wirtschaft und Arbeit
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf
Vorsitzender
– ab 12. 11. 2002

Peer Steinbrück, MdL
Finanzminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf
Stellvertretender Vorsitzender
– bis 11. 11. 2002

Jochen Dieckmann, MdL
Finanzminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf
Stellvertretender Vorsitzender
– ab 12. 11. 2002

Udo Molsberger
Landesdirektor
Landschaftsverband Rheinland
Köln
Stellvertretender Vorsitzender

Wolfgang Schäfer
Landesdirektor
Landschaftsverband Westfalen-Lippe
Münster
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Karlheinz Bentele
Präsident
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband
Düsseldorf
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Rolf Gerlach
Präsident
Westfälisch-Lippischer Sparkassen-
und Giroverband
Münster
Stellvertretender Vorsitzender

Von Gewährträgern
entsandte Mitglieder

Walter Haas
Vorsitzender
DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Dr. Helmut Linssen, MdL
Erster Vizepräsident des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Edgar Moron, MdL
Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Dr. Michael Vesper
Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur
und Sport des Landes
Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Paul Heidrich
Vorsitzender der CDU-Fraktion
Landschaftsversammlung Rheinland
Mülheim an der Ruhr

Dr. Berthold Tillmann
Oberbürgermeister
Stadt Münster
Münster

Dieter Pützhofer
Oberbürgermeister
Stadt Krefeld
Krefeld

Hans Pixa
Landrat
Kreis Coesfeld
Coesfeld

Vertreterinnen und Vertreter
der Belegschaft der Bank

Martin Bösenberg
Bankkaufmann
Landesbank Nordrhein-Westfalen
Münster
– ab 16. 1. 2003

Fred Eicke
Direktor
Landesbank Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Christian Gnegel
Bankkaufmann
Landesbank Nordrhein-Westfalen
Münster
– ab 16. 1. 2003

Hannelore Heger-Golletz
Bankangestellte
Landesbank Nordrhein-Westfalen
Münster

Gerd-Uwe Löschmann
Prokurist
WestLB AG
Düsseldorf
– bis 15. 1. 2003

Manfred Matthewes
Bankkaufmann
WestLB AG
Düsseldorf
– bis 15. 1. 2003

Franz-Georg Schröermeyer
Gewerkschaftssekretär im Fachbereich
Finanzdienstleistungen
ver.di Vereinte Dienstleistungs-
gewerkschaft
Bezirk Münster
Münster

Christiane Stascheit
Stellvertretende Geschäftsführerin
für den Bezirk Düsseldorf
ver.di Vereinte Dienstleistungs-
gewerkschaft
Bezirk Düsseldorf
Düsseldorf

Michael Tellmann
Bankkaufmann
Landesbank Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf
– ab 16. 1. 2003

Elisabeth Weber
Bankkauffrau
WestLB AG
Düsseldorf
– bis 15. 1. 2003

Ständige Vertreterinnen und
Vertreter des Vorsitzenden
und der stellvertretenden
Vorsitzenden des Verwaltungs-
rates

Angelika Marienfeld
Ministerialdirigentin
Finanzministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Dieter Krell
Ministerialdirigent
Ministerium für Wirtschaft und Arbeit
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf
– bis 31. 12. 2002

Maria Huesmann-Kaiser
Abteilungsleiterin
Ministerium für Wirtschaft und Arbeit
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf
– ab 1. 1. 2003

Karl Bechtel
Erster Landesrat
Landschaftsverband Rheinland
Köln

Dr. Hans-Ulrich Predeick
Erster Landesrat
Landschaftsverband Westfalen-Lippe
Münster

Heinz Biesenbach
Verbandsgeschäftsführer
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband
Düsseldorf

Dr. Klaus Wienberg
Verbandsgeschäftsführer
Westfälisch-Lippischer
Sparkassen- und Giroverband
Münster

Vorstand

Dr. Bernd Lüthje
Vorsitzender

Ernst Gerlach

Dr. Ulrich Schröder

Ausschuss für
Wohnungsbauförderung
der Wohnungsbauförderungs-
anstalt Nordrhein-Westfalen

Dr. Michael Vesper
Minister für Städtebau und Wohnen,
Kultur und Sport
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf
Vorsitzender

Dr. Harald Noack
Staatssekretär
Finanzministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf
– bis 31. 7. 2002

Dr. Günter Berg
Ministerialdirigent
Finanzministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf
– ab 1. 8. 2002

Reinhard Thomalla
Ministerialdirigent
Ministerium für Wirtschaft und Arbeit
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Günter-Wolfram Schorn
Ministerialdirigent
Ministerium für Gesundheit, Soziales,
Frauen und Familie
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Karl Peter Brendel, MdL
Marsberg

Wilfried Kramps, MdL
Hagen
– ab 10. 10. 2002

Wolfgang Röken, MdL
Gladbeck

Dr. Thomas Rommelspacher, MdL
Essen
– ab 10. 10. 2002

Heinrich Sahren, MdL
Neuss

Winfried Schittges, MdL
Krefeld

Bernd Schulte, MdL
Lüdenscheid

Gisela Walsken, MdL
Duisburg

Ellen Werthmann, MdL
Gelsenkirchen

Ingo Apel
Verbandsdirektor
Haus & Grund Düsseldorf und Umgebung
Düsseldorf

Burghard Schneider
Staatssekretär a. D.
Verbandsdirektor
Verband der Wohnungswirtschaft
Rheinland Westfalen e. V.
Düsseldorf

Dieter Pützhofen
Oberbürgermeister
Stadt Krefeld
Krefeld

Karl Gruber
Landrat
Kreis Heinsberg
Heinsberg

Friedhelm Wolf
Bürgermeister
Stadt Sundern
Sundern

Klaus Korfsmeier
Bürgermeister
Gemeinde Hiddenhausen
Enger

Walter Goch
Geschäftsführer
Deutscher Mieterbund
Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V.
Dortmund
– ab 1. 1. 2002

Geschäftsführung der
Wohnungsbauförderungsanstalt

Rainer Hofmann

Erwin Pfänder
– bis 31. 3. 2002

Aufsicht über die
Wohnungsbauförderungsanstalt

Die staatliche Aufsicht über die Wohnungsbauförderungsanstalt führt das für die Aufsicht über die Landesbank Nordrhein-Westfalen zuständige Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen im Einvernehmen mit dem Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen.

Düsseldorf/Münster, den 11. 2. 2003

Landesbank Nordrhein-Westfalen

Der Vorstand

Dr. Lüthje

Gerlach

Dr. Schröder

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Wohnungsbauförderungsanstalt Nordrhein-Westfalen – Anstalt der Landesbank Nordrhein-Westfalen –, Düsseldorf, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2002 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach § 21 Abs. 5 Wohnungsbauförderungsgesetz, den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen in der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Landesbank Nordrhein-Westfalen. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung entsprechend § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Wohnungsbauförderungsanstalt sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss der Wohnungsbauförderungsanstalt Nordrhein-Westfalen – Anstalt der Landesbank Nordrhein-Westfalen –, Düsseldorf, für das Geschäftsjahr 2002 unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Wohnungsbauförderungsanstalt. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Wohnungsbauförderungsanstalt und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 20. 2. 2003

Deutsche Baurevision Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Reker)
Wirtschaftsprüfer

(Bispink)
Wirtschaftsprüfer

– MBl. NRW. 2003 S. 1230

Einzelpreis dieser Nummer 4,95 Euro
zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für
Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 82, Fax (02 11) 96 82/2 29, Tel. (02 11) 96 82/2 38 (8.00–12.30 Uhr), 40237 Düsseldorf
Bezugspreis halbjährlich 57,50 Euro (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 115.– Euro (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.
Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Einzelpreisbestellungen: Grafenberger Allee 82, Fax: (02 11) 96 82/2 29, Tel. (02 11) 96 82/2 41, 40237 Düsseldorf

Von Vorabesendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur aufgrund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 82, 40237 Düsseldorf
Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach

ISSN 0177-3569